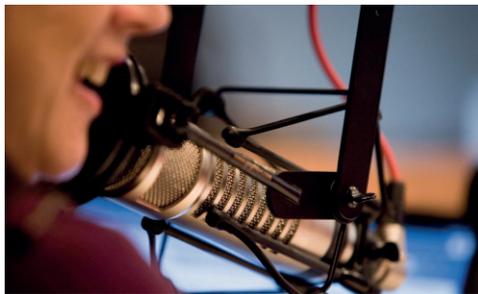


SVP Klartext



Die Zeitung der Schweizerischen Volkspartei

No-Billag Initiative 4
Warum empfiehlt die SVP ein Ja zur No-Billag Initiative?



Schweiz/EU 10
Schweizer Traditionen gegen die EU-Diktatur verteidigen



Begrenzungs-Initiative 14
Am 17. März ist nationaler Sammeltag. Machen Sie mit!



Jetzt an die Urne



Schweizerische Eidgenossenschaft
Confédération suisse
Confederazione Svizzera
Confederaziun svizra

MUSTER

Stimmzettel für die Volksabstimmung vom 4. März 2018

Wollen Sie den Bundesbeschluss vom 16. Juni 2017 über die neue **Finanzordnung 2021** annehmen?

Antwort

JA

Wollen Sie die Volksinitiative «Ja zur Abschaffung der Radio- und Fernsehgebühren (**Abschaffung der Billag Gebühren**)» annehmen?

Antwort

JA



Lauter falsche Behauptungen gegen Begrenzungsinitiative

Die erst vor kurzem, am 16. Januar, begonnene Unterschriftensammlung zur Begrenzung der Zuwanderung hat die Vereinigung der Maschinenbauer, Swissmem, Hand in Hand mit den Gewerkschaften bereits zu einer scharfen Stellungnahme provoziert. Das sie dies tun, ist nachvollziehbar. Die Unternehmer wollen möglichst unbeschränkt zu günstigen Arbeitskräften kommen. Genau das bietet ihnen die Personenfreizügigkeit. Die Gewerkschaften konnten wegen den mit der Personenfreizügigkeit einhergehenden Probleme wie Lohndumping flankierende Massnahmen durchbringen. Und sie verdienen gar gutes Geld damit. Dass sie zur Verteidigung ihrer Pfründen aber falsche Behauptungen aufstellen, spricht erst recht für die Initiative:

- Seit Bestehen der Personenfreizügigkeit 2006 ist die Wirtschaft zwar gewachsen, das Wachstum pro Kopf lag aber im Gegensatz zu früher bei praktisch null. Das wird von den Gegnern verschwiegen.
- Der Evaluationsbericht des Bundesrats zur Personenfreizügigkeit weist aus, dass allen voran im Tessin die Löhne, flankierende Massnahmen hin oder her, unter Druck stehen. Die SVP packt das Problem an der Wurzel an. Sie will mit einer Steuerung der Zuwanderung durch einen Inländervorrang und Kontingenten die Löhne schützen.
- Die Arbeitnehmer brauchen Fachkräfte. Dazu braucht es aber keine Personenfreizügigkeit, wie das die Gegner unserer Initiative behaupten. Eine Steuerung der Zuwanderung, lässt genau die Fachkräfte, die die Wirtschaft benötigt, einwandern, kann aber jene, die nur von unseren Sozialwerken profitieren wollen, fernhalten.
- Ein Export von Gütern soll gemäss Swissmem beim Wegfall der Bilateralen I nicht mehr möglich sein. Die SVP will aber nur die Personenfreizügigkeit beseitigen und nicht die sieben Abkommen der Bilateralen I. So oder so kann die EU aufgrund des Freihandelsabkommens und dank den WTO-Regeln der Schweiz nicht einfach den Marktzutritt unterbinden.

Solche und ähnliche Behauptungen der Gegner der Begrenzungsinitiative zeigen, wie wichtig es ist, die Unterschriften zur Begrenzung der Zuwanderung voranzutreiben. Danke für Ihre Unterstützung!

Albert Rösti

Nationalrat Albert Rösti, Präsident der SVP Schweiz

Die SVP in den Schweizer Medien

Nau

Die Rechtskommission des Ständerats lehnt die Selbstbestimmungsinitiative mit 12:1 ab

Kein Gegenvorschlag

Selbstbestimmungs-Initiative der SVP ist Ständeräten zu extrem

Die SVP-Volksinitiative «Schweizer Recht statt fremde Richter» geht der Rechtskommission des Ständerats zu weit. So weit, dass es schlicht unmöglich sei, einen vernünftigen Gegenvorschlag zum Thema auszuarbeiten.



Am 5. Juli 2017 hat die SVP ihre Selbstbestimmungsinitiative eingereicht, jetzt nimmt die Ständeratskommission dazu Stellung. - Keystone

BZ BERNER ZEITUNG

Front Region Sport Schweiz Ausland Börse Wirtschaft Magazin Panorama Auto Blogs Mehr
Bern Emmental Oberaargau Thun Oberland Kanton Bern Bildstreifen

Die SVP sieht die S-Bahn als Alternative zum Tram

Zu teuer für den Nutzen, den es bringt: SVP-Fraktionschefin Madeleine Amstutz erklärt, wieso ihre Partei das Tram nach Ostermündigen ablehnt.



Madeleine Amstutz ist gegen ein Tram nach Ostermündigen. Bild: Beat Mathys

AARGAUER ZEITUNG

START AARGAU SCHWEIZ AUSLAND WIRTSCHAFT SPORT LEBE

Jetzt aktuell: Postauto-Skandal • No Billag • Olympia 2018

ZUWANDERUNG

«Gewerkschaften als Profiteure»: SVP schießt gegen Personenfreizügigkeit

von Patrik Müller — Nordwestschweiz • 31.1.2018 um 05:00 Uhr



Die SVP hält die Personenfreizügigkeit für falsch. Im Bild: Thomas Aeschi, Magdalena Martullo und Albert Rösti.

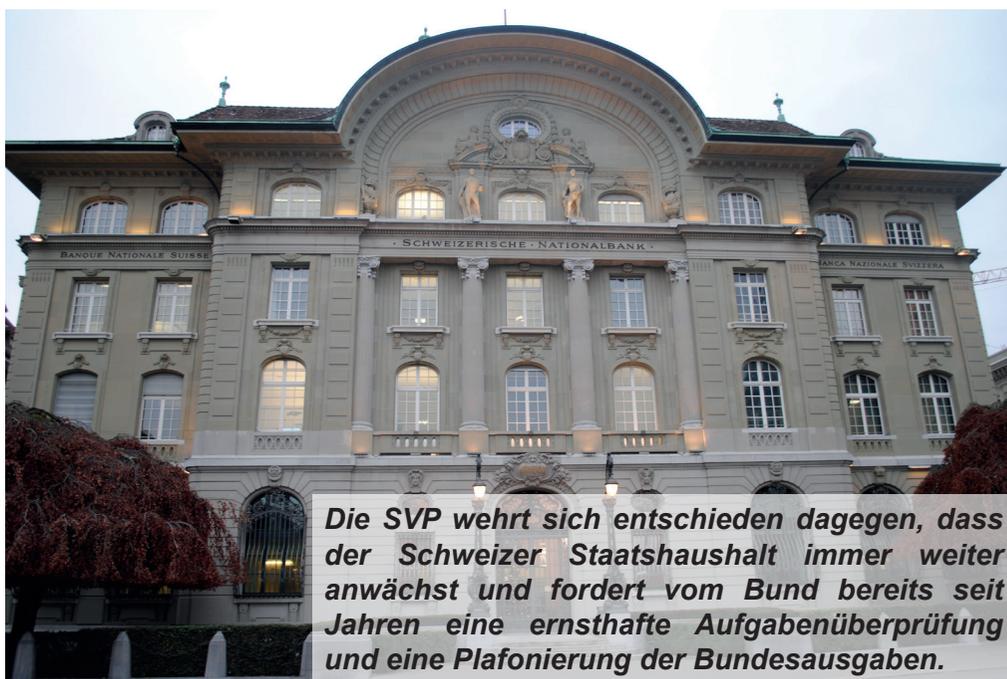
Warum trotzdem JA zur Finanzvorlage

Die direkte Bundessteuer und die Mehrwertsteuer sind die bedeutendsten Einnahmequellen des Bundes. Das Recht des Bundes, diese Steuern zu erheben, ist bis 2020 befristet. Mit der neuen Finanzordnung 2021 soll dieses Recht bis Ende 2035 verlängert werden. Nachfolgend die Gründe, weshalb die SVP ein JA empfiehlt.

Die SVP hat die ursprüngliche Finanzordnung bekämpft. Der Bundesrat wollte die zeitliche Limitierung komplett aufgeben. Diese Position des Bundesrates war demokratisch sehr fragwürdig, denn die Begrenzung hat eine wichtige Kontroll- und Mitbestimmungsfunktion. Der Souverän kann und muss sich somit regelmässig mit der Finanz- und Steuerpolitik auseinandersetzen und kann die Politik des Bundes kritisch hinterfragen. Die SVP hat sich deshalb bereits im Vernehmlassungsverfahren klar gegen die vom Bundesrat geplante Abschaffung der zeitlichen Befristung ausgesprochen. Aufgrund weiterer kritischer Stimmen aus dem Vernehmlassungsverfahren verzichtete der Bundesrat in seiner Botschaft schliesslich auf die Aufhebung der zeitlichen Befristung.

Parlament, Volk und Stände müssen JA sagen können

Für mich als Unternehmerin ist die fortlaufende Überprüfung der Unternehmensfinanzen eine notwendige Massnahme, um unseren Betrieb gewinnbringend und zukunftsorientiert zu führen – dasselbe soll



Die SVP wehrt sich entschieden dagegen, dass der Schweizer Staatshaushalt immer weiter anwächst und fordert vom Bund bereits seit Jahren eine ernsthafte Aufgabenüberprüfung und eine Plafonierung der Bundesausgaben.

auch für die Staatsfinanzen gelten. Ohne dieses Instrument der Befristung wäre die Finanzpolitik fast ausschliesslich in den Händen von

«**Es ist eigentlich einfach: Wir wollen keinen Umbau des Steuersystems, sondern eine Stärkung der Volkssouveränität.**»

Beamten und uns Politikern. Auch die Finanzhoheit der Kantone würde dabei stark beschnitten. Das konnten wir glücklicherweise verhindern. Die SVP ist der Ansicht, dass die befristete Erhebung im Interesse der Bürgerinnen und Bürger ist. Es ist ein bereits existierendes und geeignetes Instrument, um die Ausgabenfreudigkeit des Staates zu bremsen. In der Sommersession 2017 hat das Parlament einstimmig dafür gestimmt, dass die zeitliche Limitierung um 15 Jahre verlängert wird.

SVP empfiehlt ein zurückhaltendes JA zur Finanzordnung 2021

Es ist eigentlich einfach: Wir wollen keinen Umbau des Steuersystems, sondern eine Stärkung der Volkssouveränität. Durch das obligatorische Referendum wird die demokratische Kontrolle garantiert. Mit der Annahme der Finanzordnung 2021 werden die Bundesfinanzen auf eine neue Verfassungsgrundlage gesetzt und wird unserer föderalen und demokratischen Tradition Rechnung getragen – darum sage ich JA am 4. März 2018 zur Finanzordnung 2021.

von Nationalrätin
Sandra Sollberger
Bubendorf (BL)



Parlamentarier an ihren Versprechen messen!



Die politischen Eliten sind die grossen Profiteure der Billag-Zwangsgebühren. Deshalb lehnen sie eine Abschaffung ab.

Quelle: de.wikipedia.org

Und plötzlich tönt alles anders. Vor der No-Billag-Initiative kommt so mancher Politiker in die Gänge. Im Parlament noch strikte dagegen, wünschen sich jetzt viele Parlamentarier einen Gegenvorschlag zur Initiative. Und auf einmal finden jene, die bislang jede Kritik an der SRG zurückwiesen, dass der Medienkoloss „abspecken“ müsse. Die No-Billag-Initiative hat endlich Bewegung in die medienpolitische Debatte gebracht. Die Gegner müssen nun an ihren Versprechungen gemessen werden.

Es brauche „eine Debatte über den Service public, die Grösse und die inhaltliche Ausrichtung der SRG“, wird CVP-Präsident Gerhard Pfister zitiert (TA, 25.1.2018). Seine Kollegin Kathy Riklin meint sogar, die „SRG müsse insgesamt redimensioniert

werden, insbesondere beim Fernsehen“. Für sie sei klar, dass der Service-public-Auftrag angepasst werden müsse. In die gleiche Kerbe haut Jürg Grossen, Präsident der Grünliberalen Partei. Er spricht sich für „einen starken Service public im Fernsehbereich“ aus, sieht aber mögliche Einschränkungen bei Unterhaltung und Sport (TA, 25.1.2018).

Sogar FDP-Präsidentin Petra Gössi weist darauf hin, dass eigentlich „zuerst ein klarer Service-public-Auftrag definiert“ werden müsste, um nachher zu berechnen, „wie viel Geld nötig ist, um diesen umzusetzen“. Es dürfe „nicht sein, dass die SRG immer weiter und weiter wächst“. Auch einen Gegenvorschlag zur No-Billag-Initiative hätte sie begrüsst (watson.ch, 18.1.2018). Diese Idee scheiterte jedoch ausgerechnet an der mehrheitlich ablehnenden Haltung der FDP-Fraktion.

CVP und FDP verhinderten Gegenvorschlag

Das Problem ist: Sowohl CVP wie auch FDP haben alle Diskussionen für einen Gegenvorschlag blockiert – selbst Varianten für Einsparungen im Umfang von 10%. Alle Vorschläge, den Service-public-Auftrag etwas enger zu formulieren, wurden ebenso verworfen. Wer die SRG kritisch hinterfrage, stelle die nationale Kohäsion in Frage – so wurde im Parlament argumentiert.

Dass die No-Billag-Initiative als Gegenreaktion zu dieser Verweigerungspolitik lanciert wurde, ist nachvollziehbar. Und sie brachte viele Steine ins Rollen. Die FDP-Präsidentin spricht sich schon jetzt für eine Senkung der Mediensteuer aus (TA, 25.1.2018). Selbst UVEK-Vorsteherin Doris Leuthard liess jüngst eine solche Möglichkeit offen. Geschickte Abstimmungstaktik?

Auch Fachleute für Einsparungen

Sukkers erhalten die nunmehr zahlreichen Kritiker von Roger Schawinski, welcher den Radiosender SRF 2 mit einer geschützten Werkstatt verglich. SRF 1 und SRF 3 würde er zusammenlegen, SRF 4 News ganz streichen. Sparmöglichkeiten sieht er auch bei den DOK-Sendungen sowie einer Ausdünnung des Online-Angebots (AZ, 5.1.2018). Bewegt sich nun doch noch etwas in der Medienpolitik?

Jedenfalls bestärken all die Ausführungen eines: Der Entscheid der SVP, zur No-Billag-Initiative die Ja-Parole zu fassen, war absolut richtig.

von Nationalrat
Gregor Rutz
Zürich (ZH)





Jedes Jahr bringt die Billag-Zwangsgebühr mehr Geld ein: Im Jahr 2015 wurde mehr als 1.35 Milliarden eingenommen (+300% seit 1984). Diese Abzocke der Bevölkerung muss gestoppt werden!

Befreiung der Demokratie von Ideologie

Die Schweiz ist eine geduldige Konstruktion ihrer eigenen Geschichte. Sie verbindet Männer und Frauen, die sich entschieden haben, ihr Schicksal selber in die Hände zu nehmen. Schweizer zu sein ist mehr, als Radio zu hören oder TV zu schauen. Schweizerin und Schweizer zu sein heisst, gemeinsame Wurzeln, Gewohnheiten und Sitten zu teilen, sein Land zu lieben und es zu verteidigen. Wir sind patriotisch. Wir müssen nicht von der SRG angehalten werden zu tun, was unser Land braucht. Gegenwärtig sind die meisten von uns nicht nur verpflichtet, für die SRG Billag-Gebühren zu bezahlen –



Nationalrätin Céline Amaudruz (GE)

also für ein Produkt, das die meisten von uns nicht brauchen, sondern wir

müssen mithelfen, eine Ideologie zu verbreiten, die wir eigentlich bekämpfen, die der Sozialistischen Partei. Gut informierte Menschen sind Bürger; falsch informiert würden sie hingegen zu Subjekten. Die Abschaffung der Billag-Zwangsgebühren ist auch eine greifbare Demonstration des Vertrauens, das wir in den freien und verantwortlichen Bürger setzen. Er ist in der Lage, seine Entscheidungen unabhängig zu treffen, frei von den Scheuklappen, die er heute leider mitbezahlen muss und die ihm nur eine partielle Sicht der Dinge haben lässt.

6 Delegiertenversammlung



350 Delegierte aus der ganzen Schweiz nahmen an der letzten Delegiertenversammlung in Confignon (GE) teil.

JA zu freien Medien, JA zu No-Billag!

Am 27. Januar versammelten sich 350 Delegierte aus der ganzen Schweiz zur Delegiertenversammlung der SVP in Confignon (GE). Diskutiert wurde die Medienfreiheit, die Medienvielfalt und der Service public der SRG, woraufhin die Delegierten die JA Parole zur No-Billag-Initiative beschlossen.

Zu Beginn der Versammlung nahm unser Bundesrat und VBS-Chef Guy Parmelin eine eindrückliche Standortbestimmung zur sicherheitspolitischen Lage vor. Für die Sicherheit unseres unabhängigen und neutralen Landes und seiner Bevölkerung kommt unserer Milizarmee auch in Zukunft eine zentrale Rolle zu.

Die Nationalräte Yves Nidegger (Rechtsanwalt), Roger Köppel (Herausgeber und Chefredaktor der «Weltwoche») und Jean-François Rime (Präsident des Schweizeri-

schen Gewerbeverbandes), hoben die Bedeutung freier und vom Zugriff des Staates endlich befreiter Medien für die Meinungsbildung, die direkte Demokratie und den Zusammenhalt in unserem Land hervor. Dabei zeigt sich, dass Qualitätsjournalismus keine Frage von möglichst vielen Zwangsgebühren ist.

Die Delegierten der SVP konnten sich ein Bild vom ungerechtfertigten Einfluss der erdrückend grossen SRG auf die privaten Medien ma-

chen. Das Angebot und die Grösse der SRG geht heute definitiv weit über den Auftrag des Service public hinaus.

Nationalrätin Céline Amaudruz (Vizepräsidentin der SVP) setzte sich anschliessend für ein JA zur No Billag-Initiative ein. Nach einer angeregten, vielschichtigen Diskussion der Delegierten beschloss die Schweizerische Volkspartei mit 239 gegen 17 Stimmen bei 5 Enthaltungen, die No Billag-Initiative zu unterstützen.



Nationalrat Jean-François Rime (Präsident des Schweizerischen Gewerbeverbandes)

Jean-François Rime: „Mit den Milliarden aus dem Gebührentopf hielt man sich die Konkurrenz vom Hals, um sie dann 2007 mit dem Gebührensplitting von sich abhängig zu machen. Heute im Abstimmungskampf zu No Billag stellt die SRG die privaten Radio- und TV Stationen als Feigenblätter vor sich hin. Von den 1.35 Milliarden Franken, die die Billag jedes Jahr beim Volk und den KMU einzieht, fliessen über 1.2 Milliarden direkt an die SRG. Das sind mehr als 90% dieser Steuermilliarden. Die am Tropf der SRG hängenden privaten Sender werden mit Brosamen abgespeist. Sie werden heute vom Moloch SRG vor den Karren gespannt. Und der Moloch SRG hat ungebremst grossen Hunger. Insbesondere getrieben durch die starke Zuwanderung in die Schweiz sprudelten die Steuergelder nur so in die Kassen der Staatssender. Im Vergleich zur Jahrtausendwende flossen der SRG im Jahr 2015 zusätzlich 142 Millionen Franken zu, wie Urs Meister, Ökonom und Lehrbeauftragter der Universität Zürich ausrechnete. Wo es mehr Haushalte hat, kann besser abkassiert werden. Doch statt die Be-



Nationalrat Roger Köppel (Herausgeber und Chefredaktor der «Weltwoche»)

völkerung zu entlasten und die Steuern zu senken, nahm die Gier immer mehr zu.“

Roger Köppel: „Einstmals waren die Schweizer Medien völlig frei. Sie waren unabhängig vom süssen Subventionsgift und konnten darum die Classe politique unabhängig kritisieren. Seit 1922 – dem Jahr der Gründung des Schweizer Radios – dröhnte vom Süden her Mussolinis Gebrüll in die Stuben unserer Grosseitern, 1933 kam Hitlers Gebrüll vom Norden hinzu. Da mag man ein gewisses Verständnis haben, dass der Schweizer Staat aus Gründen der geistigen Landesverteidigung einen eigenen Staatssender wollte. Doch heute sind wir ja von Demokratien umgeben und angeblich nur von Freunden umzingelt. Sogar institutionelle Unterwerfungsverträge mit der EU heissen neuerdings „Freundschaftsverträge“. Es ist eine erheiternde medienpolitische Pointe, dass ausgerechnet Roger de Weck, der blindeste, eiferndste und ideologischste EU-Turbo unser acht Millionen Einwohner, als SRG-Generaldirektor die geistige Landesverteidigung, die Erhaltung einer



Nationalrätin Céline Amaudruz (Vizepräsidentin der SVP)

sauberen, gesunden medialen Alpenluft gegenüber dem schlimmen Gift ausländischer Medienerzeugnisse wie ein Löwe verteidigt und immer noch weiter ausgebaut hat.“

Céline Amaudruz: „Uns wird eingetrichtert, dass No Billag das Ende der SRG sei. Diese Drohung ist unglaublich unwürdig. Wenn man gesehen hat, wie das Parlament und der Bundesrat die Umsetzung der Initiative für die Ausschaffung krimineller Ausländer verwässert oder die Umsetzung der Masseneinwanderungsinitiative gänzlich verweigert hat, glaubt nicht ernsthaft daran, dass Bundesbern nicht auch bei der Annahme der No Billag-Initiative versuchen wird, den Volksentscheid zu umgehen. Sie haben den Volkswillen bereits missachtet und sie werden es wieder tun. Genau deshalb kann man die Initiative mit ruhigem Gewissen annehmen. Wir brauchen in unserem kleinen Land keine sieben Fernseh- und siebzehn Radiosender. Der Einfluss der SRG geht weit über den öffentlich-rechtlichen Auftrag hinaus. Mit Service public hat das nichts mehr zu tun.“

«Die Schweiz auf dem



Auch dieses Jahr setzte sich alt Bundesrat Christoph Blocher an seiner traditionellen Albisgüetli Rede mit den Schlüsselthemen für die Zukunft der Schweiz auseinander.

von Alt Bundesrat Christoph Blocher, Unternehmer, Herrliberg (ZH)

Zum Anlass der 30. Albisgüetli Tagung hielt Christoph Blocher eine engagierte Rede über die Beweggründe die zur Gründung der Bundesverfassung von 1848 führten. Bereits zu dieser Zeit war es notwendig, dass die freien Bürger gegen die Eliten kämpften, um die Freiheit gegen die Knechtschaft zu verteidigen.

Auszüge aus Christoph Blochers Rede (vollständige Rede auf www.blocher.ch)

Jede Generation muss erneut um ihre Freiheit kämpfen. Schon damals, im 19. Jahrhundert, wollten die europäischen Mächte nicht zulassen, dass sich die Schweiz eine freiheitliche Bundesverfassung gab. Die freiheitliche Bundesverfassung von 1848 entfaltete ihre segensreiche Wirkung im Laufe der Jahrzehnte. Sie garantierte die Unabhängigkeit der Schweiz, die demokratischen und wirtschaftlichen Volksrechte und die weltoffene Marktwirtschaft.

So auch 1848, als die Eidgenossenschaft den Mut hatte, gegen den Willen der umliegenden Staaten aus einem lockeren Staatenbund einen

freiheitlich-demokratischen Bundesstaat zu schaffen. Alle umliegenden Länder drohten und erpressten die Schweiz, damit diese kein Sonderfall der Freiheit werde. Doch der Schöpfer der Bundesverfassung, der damalige Tagsatzungspräsident und spätere Berner Bundesrat Ulrich Ochsenbein, reagierte mit diesen Worten: «Sollte das Unwahrscheinliche, eine fremde Einmischung in die inneren Angelegenheit der Eidgenossenschaft, versucht werden, so soll die Welt wissen, dass die Schweiz, stark durch ihr gutes Recht, gross durch die überall hin verzweigten Sympathien aller freien und nach Freiheit ringenden Völker, die letzte Kraft und das letzte Herz-

Weg zur Knechtschaft»



Beeindruckender Auftritt von Christoph Blocher.

blut aufzuopfern wissen wird.» Oh, wenn doch heute noch solche Ochsenbeins in Bern regieren würden! Nicht Küsse hat der Bundespräsident damals ausgetauscht, sondern klare, ehrliche Worte gesprochen!

Die politischen Eliten haben die Abstimmung über den EWR nie verdaut

Vor 25 Jahren stand 1992 die Freiheit unseres Landes wiederum vor einer besonders schweren Prüfung. Fast die gesamte politische Elite drängte in den Europäischen Wirtschaftsraum (EWR), um dann der EU beizutreten. Das war für die SVP unakzeptabel. Es war ein Startschuss im Kampf für die schweizerische Freiheit und führte dann zu einer scharfen Abgrenzung. Leider auch und besonders gegenüber den bürgerlichen Parteien, die zusammen mit den Linken und allen anderen die Schweiz preisgeben wollten. Aber am 6. Dezember 1992 lehnten die Schweizerinnen und Schweizer bei einer Stimmbeteiligung von fast 80 Prozent den EWR-Beitritt ab!

Wo stehen wir heute? Leider ist ungeschminkt festzustellen: Sie haben den Volksentscheid von 1992 nie akzeptiert. Der Volkswille – das Haupthindernis der Freiheit und das grosse Hindernis gegen den EU-Beitritt – musste umgangen, missachtet

und ausgeschaltet werden. Man legte schliesslich einen Zacken zu und begann, Verfassungsbestimmungen nicht mehr zu erfüllen oder das Gegenteil zu tun, was schliesslich in einem juristischen Staatsstreich endete. Seit einigen Jahren schalten alle drei Staatsgewalten das Stimmrecht der Bürger aus und stellen das internationale Recht vor das von Volk und Ständen geschaffene Recht.

Verfassungsbetrug wurde zur Arbeitsdevis

Mit Lügen, Falschaussagen und Fehlprognosen eine Abstimmung

«**Die Welt muss wissen, dass die Schweiz, mit ihrem demokratisch legitimierten Recht und den Sympathien die sie unter den freien Völkern genießt, sich wehren kann.**»

verfälschen ist eins. Was aber ist zu tun, wenn das Schweizer Volk trotzdem anders stimmt, als es die Mehrheit der Politiker will? Man versuchte, die Bundesverfassung gar nicht umzusetzen – wie es bei der Massenwanderungsinitiative geschah. Plötzlich wurde Verfassungsbetrug zur Arbeitsdevis.

Es ist einmalig, dass alle drei Staatsgewalten – Regierung, Parlament und Bundesgericht – die oberste Staatsgewalt, die Bürger, entmachten.

Die SVP ist entschlossen, dem Staatsstreich in geordneten Bahnen entgegenzutreten. Aber wir gehen unseren richtigen Weg zunächst im Parlament und, wenn wir vom Parlament und vom Bundesrat in die Minderheit versetzt werden, mit dem Volk, für das Volk und durch das Volk! In allen Staaten steht die eigene Verfassung über dem internationalen Recht. Nur die Schweiz soll hier eine Ausnahme bilden. Gerade die Schweiz als liberales Land?



Bundesrat Ignazio Cassis, Chef des Departementes für auswärtige Angelegenheiten (EDA), singt an der 30. Albisgüetli-Tagung die Nationalhymne. Er wurde von der SVP eingeladen.

Schweizer Traditionen gegen das EU-Diktat

Nachdem die EU ihr Waffenrecht verschärft hat, soll auch die Schweiz als Schengen-Mitgliedstaat nachziehen. Entgegen den Beteuerungen des Bundesrates, sind die vorgesehenen Änderungen keineswegs mit den spezifischen Verhältnissen und Traditionen in der Schweiz vereinbar.

Einmal mehr will uns die EU die Übernahme eines Gesetzes diktieren, das total gegen unsere Tradition geht, mit unserem Recht kollidiert und keinen Mehrwert schafft. Diesmal geht es um die unnötige Übernahme des EU-Waffenrechts, welches die EU-Staaten in Folge der vielen Terroranschläge verschärft haben.

Schweizer Waffenrecht bereits strikt genug

Da die Schweiz bereits ein strenges Waffenrecht hat, besteht kein gesetzgeberischer Handlungsbedarf. Zumal die erwähnten Terroranschläge in der jüngeren Vergangenheit meist nicht mit Feuerwaffen getätigt wurden. Vielmehr wurden Fahrzeuge, Messer oder eine Axt verwendet. Wir lehnen die geplanten Änderungen des Waffengesetzes deshalb klar ab.

Die SVP fordert insbesondere, dass der im Entwurf vorgesehene Vereinszwang, die Nachregistrierung von halbautomatischen Feuerwaffen, der Bedürfnisnachweis für Sammler sowie die neuen Waffenkategorien, gestrichen werden. Der Bundesrat möchte damit Gelegenheitsschützen in eine Zwangsmitgliedschaft drängen. Ein solcher Vereinszwang ist verfassungswidrig, weil er Artikel 23 unserer Bundesverfassung widerspricht. Es ist auch unmöglich, Schützenvereinen die Verantwortung für Zwangsmitglieder aufzubürden.



Das Europäische Parlament möchte die Schweiz ihrer Traditionen berauben und uns dem EU-Diktat unterstellen.

Einführung eines Waffenregisters durch die Hintertür

Es ist besonders störend, dass der Bundesrat auf diesem Weg ein Waffenregister einführen will. Die Pflicht zur Nachregistrierung wurde vom Volk bereits 2011 und



Die Werte der Schweiz anzugreifen, bedeutet immer auch die Werte aller Schweizer anzugreifen.

2013 und vom Parlament 2015 abgelehnt. Mit der Einführung einer Nachregistrierung würde also der

mehrmals geäußerte Wille von Volk und Parlament missachtet.

Ebenfalls 2011 wurde der Bedürfnisnachweis für Sammler abgelehnt. Sämtliche Waffen müssten neu registriert oder nachregistriert werden. Einmal mehr kuschelt unser Bundesrat vor dem EU-Diktat. Unterwürfig übernimmt er alle Rechtserrichte, egal, ob hier ein Mehrwert an Sicherheit für unsere Bevölkerung gegeben ist. In Manier der alten Eidgenossen hinzustehen und unsere Politik zu verteidigen, täte unserer Regierung sehr gut.

*von Nationalrat
Beat Arnold
Schattdorf (UR)*



Eine Erfolgsgeschichte beginnt und soll weitergehen

Am 24. November 1917 startete mit Ruedi Mingers Bierhübeli-Rede die Erfolgsgeschichte der SVP Kanton Bern. Basis dazu war und ist der Grundsatz „Wurzeln und Flügel“. Am 10. März wollen wir in Schüpfen mit dem Jubiläumsbier auf weitere 100 Jahre anstossen.

Mein Urgrossonkel Minger Ruedu wusste im November 2017, dass die Zeit reif war für eine Veränderung. Mingers Weckruf zur Gründung einer selbständigen Partei des bernischen „Landvolkes“ und zur Einführung des Proporz erntete begeisterten Beifall. Dieses Gespür für das, was den Menschen unter den Nägeln brennt, ist das, was die SVP heute noch erfolgreich macht. Rudolf Minger war nicht nur der erste Präsident, sondern auch der erste Bundesrat der Partei. Erstes offizielles Parteiorgan war übrigens der „Schweizer Bauer“, das Blatt der Ökonomischen Gesellschaft. Bereits 1919 wurde die „Neue Berner Zeitung“ gegründet. Damals gab es noch echte

«**Rudolf Minger war nicht nur der erste Präsident, sondern auch der erste Bundesrat der Partei.**»

„parteiische“ Medienvielfalt. 1921 fusionierte die Partei mit den Gewerbetreibenden. Der offizielle Name lautete nun „Bernische Bauern-, Gewerbe- und Bürgerpartei“, BGB. Handwerk und Gewerbe hatten sich zu gleichberechtigten Partnern aufgeschwungen. Aus der Landpartei war eine Mittelstandspartei geworden und das ist sie bis heute. Als mitgliederstärkste Kantonalpartei mit zahlreichen jungen Köpfen wie Nadja Pieren, Andrea Geissbühler, Erich Hess



Die Parteispitze der SVP Kanton Bern traf sich, unter den Augen von alt Bundesrat und Gründervater der SVP Kanton Bern Rudolf Minger (Porträt im Hintergrund), im Bierhübeli.

und Manfred Bühler zeigen wir immer wieder, dass Parteipolitik echte Sachpolitik ist.

Ziel ist es auch, dass man aus der SVP Kanton Bern auch in Zukunft Kader stellt, in der Verwaltung, in der Justiz und natürlich in den Exekutiven, und das heisst auch im Bundesrat. Aber zu-

erst wollen wir jetzt feiern, das 100-Jahr-Bier geniessen und beim Partefest dann die Geselligkeit pflegen.

von Nationalrat
Werner Salzmann
Mülchi (BE)



Einladung zum Jubiläumsfest der SVP Bern

10. März 2018 ab 13.45 Uhr in der Sporthalle Schüpfen

Eintritt frei

Mehr Informationen: www.svp-bern.ch
Anmeldung an: sekretariat@svp-bern.ch



INSERAT

Zupacken bei echten Herausforderungen

Unser Interim Management bedeutet:

- » Wachstum Hands-on bewältigen und/oder
- » Geschäftsbereiche vorübergehend leiten

lösungsorientiert &
kundenfokussiert

umsetzungstark &
unternehmerisch

aufrichtig &
involviert

industrie consulting
tel: 081 523 29 00
www.industrie-consulting.com



industrie
consulting

Roman Rauper

Geschäftsführer der
industrie consulting,
Mitglied des Parteivorstands
der SVP Schweiz 



GOAL GLOSSAR

Agitation

Agitation

<lat.> agitare – «betreiben»,
«verhandeln», «überlegen»

Die richtige Positionierung erarbeiten, die richtige Botschaft entwickeln, die richtige Visualisierung finden sowie die richtigen Massnahmen ergreifen – das sind die Voraussetzungen für erfolgreiche Kampagnen. Deshalb sind wir für unsere Kunden gerne Agitatoren.

Wir freuen uns auf Sie!
Alexander Segert, Geschäftsführer
Tel. 043 499 24 00
info@goal.ch, www.goal.ch

GOAL

AG für Werbung und Public Relations
Wir wollen Ihren Erfolg



dietschi
PRINT&DESIGN OLTEN

MARKUS REZZONICO
SVP-Delegierter Kanton Solothurn
AUNS-Mitglied

Mobile: 079 332 61 61
markus.rezzonico@dietschi.ch

DIETSCHI PRINT&DESIGN AG

Ziegelfeldstrasse 60 4601 Olten T 062 205 75 75
www.dietschi-pd.ch

INSERIEREN SIE IM SVP-KLARTEXT 2018

Mehr als 60'000 Leser in
der Deutschschweiz und in
der Romandie. Informatio-
nen erhalten Sie per E-Mail
an **klartext@svp.ch**

IMPRESSUM

SVP-KLARTEXT | SVP-KLARTEXT ist eine Publikation der Schweizerischen Volkspartei SVP | Auflage: 55'000 | Herausgeber und Redaktion: Stiftung SVP-Parteizeitung, Generalsekretariat | Postfach | 3001 Bern | Tel.: 031 300 58 58 | Fax: 031 300 58 59 | klartext@svp.ch | www.svp.ch | Redaktion: Patrice Piquerez | Bildquellen: Schweizer Parlament, Wikipedia, SVP Schweiz

Dank der EU scheffeln Gewerkschaften Millionen

von Nationalrätin Magdalena Martullo (GR)

Der freie, liberale Arbeitsmarkt ist zu einem Mythos geworden. Jeder zweite Beschäftigte in der Schweiz ist in einem Gesamtarbeitsvertrag, jeder dritte hat eine Mindestlohnregelung und jeder vierte untersteht einem branchenverbindlichen Gesamtarbeitsvertrag. Hauptprofiteure sind die Gewerkschaften, welche die Gesamtarbeitsverträge als Macht- und Geldmaschine missbrauchen.

W eil die Löhne in der Schweiz viel höher als im Ausland sind, wollte die Politik die Schweiz vor Lohndruck schützen. Die Linken beschlossen Abwehrmassnahmen, die sogenannten Flankierenden Massnahmen. Daraus entwickelte sich ein umfassendes Konstrukt an staatlicher Überwachung, gewerkschaftlichem Machtkartell und die Allgemeinverbindlichkeitserklärung von sogenannten "Schweizer" Löhnen und Arbeitsbedingungen.

Millionengelder dank GAV: Gewerkschaften und Branchenverbände kassieren

Seit der Einführung der Personenfreizügigkeit hat sich die Anzahl der Gesamtarbeitsverträge (GAV) fast verdoppelt: Jeder zweite Beschäftigte arbeitet heute unter einem GAV, jeder Dritte unter einer Mindestlohnregelung



An der SVP-Pressekonferenz vom 30. Januar 2018 (Foto von links nach rechts): Nationalrat Jean-François Rime, Fraktionspräsident Thomas Aeschi, Nationalrätin Magdalena Martullo und ASTAG-Vizepräsident Jean-Daniel Faucherre stellen ihre Forderungen für einen liberalen Arbeitsmarkt vor.

und jeder Vierte unter einem allgemeinverbindlichen GAV.

Die GAV sichern den Gewerkschaften aber nicht nur Einfluss und Macht, sondern dienen ihnen auch noch als regelrechte Geldmaschinen. Arbeitnehmer und Arbeitgeber werden zu "Solidaritätsbeiträgen" verpflichtet, die in den Kassen der Gewerkschaften und der Branchenverbände landen. Sie erhalten jährlich Millionenbeträge. Im Bau sind das knapp 50 Millionen Schweizer Franken, wovon rund 10 Millionen Franken als "Vollzugsbeiträge für den GAV" direkt an die Gewerkschaften und Arbeitgeberverbände gehen. Obwohl die Gewerkschaften seit Jahrzehnten sinkende Mitgliederzahlen verzeichnen und nur noch 15% der Beschäftigten offiziell vertreten, bauen sie ihre Forderungen Jahr für Jahr weiter aus. Als wäre das nicht genug, führen

sie gleichzeitig noch diverse Arbeitslosenstellen, womit sie wiederum von jedem Arbeitslosen profitieren.

Allein die Arbeitslosenkasse der UNIA weist inzwischen jährlich einen Verwaltungsaufwand von über 50 Millionen Franken aus.

Was ist zu tun?

Die Personenfreizügigkeit muss neu verhandelt und, wenn das nicht möglich ist, abgeschafft werden. Darum hat die SVP auch die Begrenzungsinitiative lanciert. In der Folge müssen die flankierenden Massnahmen abgeschafft werden und wieder eine eigenständige, differenzierte Steuerung der Zuwanderung unter Berücksichtigung des freien Arbeitsmarktes und den vorhandenen Inländern erfolgen.

Des Weiteren dürfen die Quoren für die Allgemeinverbindlichkeit von Gesamtarbeitsverträgen auf keinen Fall gesenkt und ihre Gültigkeit nicht über die Branche hinaus ausgeweitet werden. Andere Arbeitnehmervertreter (nicht nur die Gewerkschaften, nicht nur die UNIA) müssen zwingend gestärkt werden, so dass die Vormachtstellung der Gewerkschaften als einzige Arbeitnehmervertreter aufgehoben wird. Ausserdem ist die Anwendung des Kartellrechts auch für den Arbeitsmarkt zu prüfen.

Im Bau beträgt die Arbeitslosigkeit bei Ausländern knapp 10 Prozent. Seit der Einführung der flankierenden Massnahmen steigt sie. Im Wallis liegt die Gesamtarbeitslosigkeit im Bau mittlerweile bei 25 Prozent, im Winter sogar bei 43 Prozent!



Weshalb die Begrenzungs-Initiative unterzeichnen?



Barbara Steinemann
JURISTIN UND NATIONALRÄTIN
REGENSDORF (ZH)

„Seit Einführung der Personenfreizügigkeit hat sich das Sozialhilferisiko der Menschen über 50 Jahren verdoppelt. Darum unterschreibe ich!“



Nicole Roth

Diplomierte Pflegefachfrau HF
Wintersingen (BL)



Sandro Wächter
INFORMATIKER
SCHINZNACH BAD (AG)

„Es ist gefährlich, wenn wir die EU weiterhin so über uns bestimmen lassen!“

Ich unterstütze die Begrenzungsinitiative, weil die Schweiz ein eigenständiges Land ist und die Zuwanderung selber steuern kann.



Tobias Infortuna
TREUHÄNDER
EGG (ZH)

„Benötigte Fachkräfte können gerne in die Schweiz kommen, aber offene Grenzen auch für Sozialhilfebezügler schaden unserem Land.“



Samuel Lütolf
MEDIAMATIKER
KÜSSNACHT AM RIGI (SZ)

„Infrastruktur und Sozialsysteme gelangen überall an Ihre Grenzen, deshalb muss die masslose Zuwanderung unbedingt begrenzt werden!“



Christoph Henz
BANKKAUFMANN
SEEDORF (BE)

„Verfügbare Plätze in der Schweiz werden immer knapper. Die einzige Möglichkeit zum Erhalt unserer Lebensqualität: die Begrenzungsinitiative.“

Testimonials auf
www.begrenzungsinitiative.ch



*Aktiv
mitmachen*

Schreiben auch Sie Ihr Testimonial online!

Rufen Sie die
Webseite auf

www.begrenzungsinitiative.ch

1



Schreiben Sie
Ihr Testimonial

2

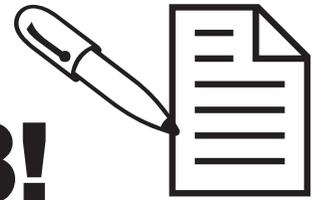


Teilen Sie
Ihr Testimonial
auf Facebook

3



Unterstützen Sie die SVP am 17. März 2018!



Die SVP will keine 10-Millionen-Schweiz! Aufgrund der masslosen Zuwanderung wird aber eine Schweiz mit 10 Millionen Einwohnern in 15 Jahren Realität sein. Es gibt nur einen Weg, sich dagegen zu wehren: Sammeln Sie Unterschriften für die Begrenzungsinitiative! Am Samstag, 17. März 2018 findet ein nationaler Sammeltag statt. Werben Sie mit uns und ergreifen Sie Massnahmen in Ihren Orts- und Bezirkssektionen. Die SVP zählt auf Sie!

Nationaler Unterschriften-Sammeltag!

MELDEN SIE SICH! – NEHMEN SIE TEIL AN DER UNTERSCHRIFTENSAMMLUNG! – HANDELN SIE MIT DER SVP!

JA, Ich will der SVP helfen! Was muss ich tun?

1. Ihre Orts- oder Kantonalsektion gibt Ihnen Auskunft, wo und zu welcher Zeit am **Samstag, 17. März 2018** in Ihrer Region eine Standaktion zur Unterschriftensammlung stattfindet.
2. Gehen Sie vor Ort und lassen Sie sich von der standverantwortlichen Person Unterschriftenbogen sowie das zur Sammlung notwendige Material übergeben. **Die für die Sammlung notwendigen Informationen und Ratschläge erhalten Sie direkt vor Ort.**
3. Lassen Sie auch Ihre Familienmitglieder und Freunde unterschreiben. **Diese Unterschriften sind einfach zu sammeln!**
4. Veröffentlichen Sie Ihren Erfahrungsbericht online, **wie auf der gegenüberliegenden Seite dargestellt.**

Die SVP wird am nationalen Sammeltag überall in der ganzen Schweiz mit Standaktionen zur Unterschriftensammlung vertreten sein. Helfen Sie mit und sammeln Sie mit uns!

Sollten Sie Probleme haben, Ihre Sektion zu erreichen oder Fragen haben, zögern Sie nicht und wenden Sie sich bitte an die SVP Schweiz. Wir sind gerne für Sie da.

031 300 58 58 oder
info@svp.ch



DER NEUE JAGUAR E-PACE

BEAUTIFUL FAST CARS.



Der neue E-PACE vereint typische JAGUAR Merkmale auf eindrucksvolle Weise. Dabei wurden die Vision des JAGUAR Gründers, Sir William Lyons, sowie Technik- und Design-Elemente heutiger und zukünftiger JAGUAR Modelle perfekt aufeinander abgestimmt.

Erleben Sie ihn jetzt auf einer Probefahrt bei Ihrem JAGUAR Fachmann.
JAGUAR E-PACE ab CHF 39'500.-.

Jaguar.ch

THE ART OF PERFORMANCE

E-PACE 2.0 Diesel, man., 150 PS (110 kW), Normverbrauch gesamt: 4,9 l/100 km, 129 g CO₂/km, Benzinequivalent 5,6 l/100 km, 22 g CO₂/km aus der Treibstoffbereitstellung, Energieeffizienz-Kategorie: B, empfohlener Nettverkaufspreis CHF 39'500.-. Abgebildetes Modell: E-PACE R-Dynamic 2.0 Diesel, man., 150 PS (110 kW), Normverbrauch gesamt: 4,9 l/100 km, 129 g CO₂/km, Benzinequivalent 5,6 l/100 km, 22 g CO₂/km aus der Treibstoffbereitstellung, Energieeffizienz-Kategorie: B, empfohlener Nettverkaufspreis CHF 45'300.-. Durchschnitt aller in der Schweiz angebotenen Fahrzeuge: 133 g CO₂/km.